

Offene Nachfragen zur Beschlussvorlage aus den Ausschusssitzungen

Offene Nachfragen aus der IBWT-Sitzung

Nachfrage: Quelle Steuerschätzung

Antwort:

Die Quelle der Steuerschätzung ist als Anlage 1 beigelegt (Mitteilung Gemeinde- und Städtebund)

Nachfrage: Differenz zwischen den Mieteinnahmen und -ausgaben des Multifunktionsgebäudes

Antwort:

Mietausgaben:	96.000 €	(Anmietung von SEG, Umkleide- und Sanitärräume Räume für ThSV)
Mieteinnahmen:	20.000 €	(Vermietung an ThSV)

Nachfrage: Entwicklung der Energiekosten

Antwort:

In den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan des oRB 2023 (Seite 383) war beschrieben, dass in der ersten Planungsphase im IV. Quartal 2022 von Mehrkosten im Energiebereich von ca. 631 T€ ausgegangen werden musste. Auf der Folgeseite wurde erläutert, dass durch die zwischenzeitlich vom Bundestag beschlossenen Energiepreisbremsen eine signifikante Entlastung eintrat. Diese ist aus der dann nachfolgenden Übersicht zu den wesentlichsten Abweichungen 2023 zum Vorjahr ersichtlich:

Planansatz Energiekosten 2022:	2.802.065 €
Planansatz Energiekosten 2023:	2.351.398 €

Der Planansatz der Energiekosten für Strom, Fernwärme und Gas für 2024 liegt bei 2.056.476 €.

Hieraus ist ersichtlich, dass es in den letzten beiden Jahren nicht zu den befürchteten Mehrausgaben im Energiebereich gekommen ist. Dank der Energiepreisbremsen, den ergriffenen Energiesparmaßnahmen und einem Sinken der Energiepreise im Strom- und Gasbereich ist nach jetzigem Planungsstand trotz der Erhöhung der Fernwärmekosten um ca. 221 T€ im Vergleich zum Jahr 2023 insgesamt eine Verringerung der Energiekosten um ca. 295 T€ zu erwarten.

Offene Themen aus der KSBS-Sitzung

Nachfrage: höhere Veranschlagung in der Haushaltsstelle Veranstaltungen des Museums

Antwort:

Für das Jahr 2024 sind zwei größere Ausstellungen im Stadtschloss vorgesehen. Die hier veranschlagten Kosten umfassen alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben: Kuratierung, Marketing, Veranstaltungsdurchführung (Technik, Vernissage, Finissage u.a.m.), Honorare für externe Unterstützung, Herstellung von Druckerzeugnissen und weiteren Marketingartikeln sowie Kataloge, technische Kosten für die Ausstellung (fliegende Einbauten, Texte, Objektbeschriftung, digitale Objekte, Audio- und Videotapes u.v.a.m.)

Nachfrage: Zukunft des Kunstprojektes „Albatros“ auf dem Dach des Theaters

Antwort:

Im Unterabschnitt 30200 – Reformationsstadt sind einnahmeseitig (.178000) als auch ausgabeseitig (.570000) 10.000 € für den Rückbau des „Albatros“ veranschlagt.

Da der Rückbau gemäß Rücksprache/Abstimmung mit der zuständigen Stabsstelle Reformationsstadt im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 über Spendenmittel des VW-Kontos 00120 – Lutherdekade (Bestand 26.100 €) erfolgen soll, wurde im HH-Plan 2024 die Gruppierung 178000 – Spenden von übrigen Bereichen gewählt.

Landeszuweisungen sind planungsseitig in 2024 für diesen SV nicht vorgesehen, nach Kenntnis der Kämmerei sind diese vollumfänglich in 2023 kassenwirksam geworden.

Nachfrage: Entwicklungen des Bürgerforums „Deutsche Einheit“

Antwort:

Die Gelder werden dringend gebraucht, z.B. für

- Stiftungsakquise
- Reisekosten, z.B. zu Kanzleramt, Bundespräsidialamt, Stiftungen
- Pressekonferenzen
- Projektdokumentationen
- Webseite mit Projektinformationen

Fördermittel sind in Aussicht gestellt, aber noch nicht sicher.

25.000 Euro sind das absolute Minimum, sollten die Fördermittel nicht wie geplant zur Verfügung stehen.

Offene Themen aus der SKV-Sitzung

Nachfrage: extreme Steigerung der Kosten in der Haushaltsstelle - Kommunale Umweltangelegenheiten - Unterhaltung der Deponien

Antwort:

Die Deponie Mosewald ist rechtlich noch nicht umfänglich stillgelegt. Hierzu sind noch verschiedene Leistungen notwendig. Unter anderem ist das bestehende

Grundwassermessnetz auf seine Geeignetheit zur Beurteilung der Schadstoffeinflüsse des Deponiekörpers auf das Grundwasser hin zu überprüfen.

Im Nachgang sind ggf. Grundwassermessstellen zu reinigen, zu erneuern, zurückzubauen sowie geeignet zu ersetzen.

Ziel ist die Erstellung eines Grundwassermonitoringkonzeptes.

Hierzu liegt eine Anordnung der Deponieüberwachungsbehörde, TLUBN, vom 24.10.2023, zugestellt am 02.11.2023, vor. Als Frist wurde der 31.12.2024 vorgegeben.

Die weiteren Mittel sind für Untersuchungs- und Unterhaltungsmaßnahmen beider Deponien eingeplant.

Nachfrage: Steigerung der Kosten in der Haushaltsstelle – Entwicklung Gaswerk

Antwort:

Die Erhöhung der HH-Mittel resultiert aus der weiteren Bearbeitung des Altstandortes. Aus Kapazitätsgründen ist die weitere Standortbearbeitung seit 2021 ausgeblieben.

Mit den HH-Mitteln soll der nächste Sanierungsabschnitt final erkundet werden. Einbezogen ist der zentrale Standortbereich der früheren Gasreinigung/ Gasaufbereitung (Bereich ehem. Teergruben), das angrenzende Grundstück der ehem. Gartenanlage sowie eine Teilfläche des Bauhofstandortes (Bürgersolarpark).

Die Erkundungsmaßnahmen sind förderfähig. Die Förderquote beträgt bis zu 100 % der förderfähigen Aufwendungen.

Offene Themen aus dem HFA

Nachfrage: Aufschlüsselung der Kosten – Externe Beratung Transformation

Antwort:

Die Haushaltsmittel 2024 sind für externe Beratungsleistungen als Expertise bei der weiteren Optimierung der IT-Strukturen vor allem zur Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit geplant (ca. 15.000 €). Mit der Veränderung von IT-Strukturen (z. B. durch Zusammenarbeit mit Rechenzentren, Standardisierung von Fachverfahren) ist gleichzeitig die Veränderung von Prozessen in der Verwaltung notwendig. Auch dafür ist eine Unterstützung durch Fachexperten erforderlich (ca. 10.000 €). Diese zum Teil komplexen Themen kann die Verwaltung nicht alleine umsetzen.

Hauptziele der genannten Maßnahmen sind die Erhöhung der IT-Sicherheit (Daten, Anwendungen, Infrastruktur), die aktuelle und künftige Verfügbarkeit der IT - auch des IT-Fachpersonals, die Neuausrichtung unserer IT-Architektur (u. a. Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Kommunen und Dienstleistern, Einsatz standardisierter Fachverfahren) sowie die Adaption zukünftiger Lösungen (Cloudlösungen, Einsatz KI).

Nachfrage: Aufschlüsselung der konkreten Verwaltungs- und Betriebskosten im UA Wahlen

Antwort:

Der Ansatz setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- Auf- und Abbau der Wahllokale
- Fahrzeugkosten
- Hausmeisterleistungen
- Transport Wahlkabinen und Wahlurnen
- Entfernung Wahlplakate

Vergleichbar zu den Vorjahren haben wir in diesem Jahr 3 Wahltermine auszurichten. Die Besonderheit bzw. ein voraussichtlicher Mehraufwand beim 1. Termin liegt in der Anzahl der durchzuführenden Wahlen. Hier werden in den Ortsteilen am Wahltag pro Wahllokal 6 Wahlurnen bereitstehen müssen, in allen weiteren jeweils 4. Somit ist es sehr wahrscheinlich das der bisherige Ansatz an Personal und Fahrzeugen noch erhöht werden muss.

Weiterhin ist es wahrscheinlich, dass die Auszählung durch die freiwilligen Wahlhelfer am 26.05.2024 nicht für alle Wahlen abgeschlossen werden kann. Somit wird die Auszählung in einigen Wahllokalen erst am Folgetag beendet werden können. Dies wiederum wird ebenfalls zu zusätzlichem logistischem Aufwand und somit zu erhöhten Kosten führen.

Die Kostensätze des optimierten Regiebetriebes haben sich in den vergangenen Jahren nicht nach unten entwickelt.

In der Folge gibt es keine Gründe, die eine Kürzung des Haushaltsansatzes zulassen.

Nachfrage: Aufschlüsselung der Energiepreise im Rahmen des Budgets optimierter Regiebetrieb – DK 0081

Antwort:

Die Zahlen 2024 sind anhand der geschlossenen Verträge und vermuteten Abnahmeleistungen (Wetterlage, Verbraucherverhalten usw.) kalkuliert. Von weiteren Einsparungen kann nicht ausgegangen werden.

Alle Zahlen müssen im Kontext (Wetter, Rahmenbedingungen, Gebäudebestand etc.) betrachtet werden, da diese sonst nicht aussagefähig sind.

Die im Erläuterungsteil zum Wirtschaftsplan (Seite 311) tabellarisch dargestellt, haben sich mit der Neuausschreibung die Energiepreise für 2024 wie folgt verändert:

Strom Gebäudebereich:	alt: 66,78 cent/kWh	neu: 31,53 cent/kWh
		(Wegfall EEG-Umlage per 01.07.2022)
Strom Straßenbeleuchtung:	alt: 19,49 cent/kWh	neu: 30,12 cent/kWh

Der Arbeitspreis bei der Straßenbeleuchtung unterscheidet sich auf Grund anderer Abnahmezeiten.

Gasbezug:	alt: 16,13 cent/kWh	neu: 10,74 cent/kWh
-----------	---------------------	---------------------

Die Fernwärmetarife unterliegen der Preisgleitklausel und wurden mit Durchschnittspreisen der Vorjahre kalkuliert. Der MWh-Preis für 2024 wurde folglich mit 225 €/MWh angesetzt.

Nachfolgend ein Jahresvergleich zu den Energiekosten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Istwerte 2021 und 2022 wegen des Gebäudeüberganges im Zuge der Fusion mit dem WAK und der pandemischen Situation nicht vergleichbar sind. Da für 2023 die Endabrechnungen noch ausstehen, können hier nur Planwerte gegenübergestellt werden.

	Ist 2021	Ist 2022 (vorläufig)	Plan 2023	Plan 2024	Abweichungen Plan 2024 zu Plan 2023
-Elektroenergie	1.033.961 €	602.937,69 €	1.465.802 €	950.230 €	-515.572 €
-Heizkosten / Fernwärme	975.521 €	1.037.128 €	534.100 €	749.233 €	215.133 €
-Gas	219.646 €	129.835 €	349.473 €	354.989 €	5.515 €
-					
Wasser/Abwasser	89.452 €	129.788 €	147.955 €	142.550 €	-5.405 €
	2.318.581 €	1.899.690 €	2.497.330 €	2.197.001 €	-300.329 €

Budgeterhöhung Schulen

Bei den Schulen haben sich neben den Budgeterhöhungen, die aus der Unterdeckung aus 2023 resultieren, weitere Erhöhungen ergeben, die aus der Anlage 2 ersichtlich sind.

Nachfrage: Prüfung, ob eine Erhöhung des Zuschusses für das Tierheim Einfluss auf die Höhe der Landeszuweisungen haben

Antwort:

Es ist nicht davon auszugehen, dass eine Erhöhung des Zuschusses Auswirkungen auf die Höhe der Landeszuweisung hat.